

LEITARTIKEL

Putin zeigt Schwäche

Die Drohne am Kreml könnte ein Hinweis darauf sein, dass in Russland etwas ins Rutschen gerät

Lange schien es, als sei die anti-ukrainische Hetze in Wladimir Putins Russland nicht mehr steigerbar. Doch nun, nachdem angeblich ukrainische Drohnen über den Dächern des Kreml aufgetaucht waren, drehen Moskau Laut-Sprecher noch mehr auf.



MATTHIAS KOCH
ksta-politik@ksta-medien.de

Es sei Zeit für die „physische Eliminierung“ des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, zürnt Dmitri Medwedew, Chef der Putin-Partei Einiges Russland. Wjatscheslaw Wodin, Sprecher der Staatsduma, will, „das Regime in Kiew zerstören und die dazu geeigneten Waffen einsetzen“. Die oberste Hasspredigerin im Staatsfernsehen, „Russia Today“-Chefredakteurin Margarita Simonyan, dringt auf heftigere Luftschläge: „Geht es jetzt mal endlich los?“

Nur Putin selbst bleibt bislang seltsam still. Vielleicht ahnt der 70-Jährige, dass viele Russen das Flammenzeichen

ern muss. War es tatsächlich eine Attacke aus der Ukraine? Dann müsste Putins Luftabwehr erklären, wie es möglich ist, dass unbemannte Flugobjekte quer durch Russland bis zu den Kreml-Dächern gleiten konnten. Stecken russische Putin-Gegner dahinter? Dann wären Blitz und Donner über dem Kreml eine für den Präsidenten bedrohliche Machtdemonstration seiner Feinde am Vorabend der erwarteten ukrainischen Gegenoffensive.

Kiews Gegenoffensive laufe bereits, glaubt Jewgeni Prigoschin, Chef der russischen Söldnerfirma Wagner. Russland drohe „eine Tragödie“ schrieb er vor einigen Tagen auf Telegram. Denn seine Kämpfer erhielten „nur 10 bis 15 Prozent der Granaten, die sie bräuchten“. Schuld daran sei die russische Armee-führung. Schon diese öffentlich dokumentierte Uneinigkeit in Fragen der Kriegsführung zeigt: In Russland kommt gerade etwas ins Rutschen.

Prigoschin betont zu Recht die Bedeutung des Nachschubs. Den nehmen derzeit diverse Seiten gleichzeitig unter Beschuss. Russland erlebt in Fabriken und Labors rätselhafte Brände, hinzu kommen mysteriöse Entgleisungen von Güterbahnen. In 40 russischen Städten, sagt der Regimegegner Ilya Samoylov, seien Partisanen aktiv.

Erleben wir eine ukrainische Gegenoffensive, die in großen Teilen zugleich eine Gegenoffensive innerhalb Russlands ist? Für Putin wäre dies die schlechteste aller denkbaren Varianten. Sein Regime steht unter einer enormen Spannung – die sich in den kommenden Wochen hoffentlich nicht auf eine für unschuldige Menschen unheilvolle Art entlädt.

über dem Kreml ganz anders lesen werden: nicht als motivierenden Ruf zum Kampf, sondern als irritierendes Zeichen der Schwäche. Tatsächlich kursieren zwar zur Drohnenattacke drei verschiedene Theorien. Keine davon aber spricht für ein starkes Russland und einen starken Präsidenten Putin.

War es eine russische Inszenierung? Dann wäre damit das Eingeständnis verbunden, dass das Regime in seiner kriegsmüde werdenden Gesellschaft den Nationalismus mühsam neu befe-

KOMMENTAR

Ein Gesetz für Altkanzler

Bundestag muss Privilegien klarer regeln

Das Berliner Verwaltungsgesetz hat für ein bisschen Klarheit gesorgt: Altkanzler Gerhard Schröder hat keinen Anspruch auf Büro und Personal im Deutschen Bundestag. Kritiker Schröders und seiner pro-putinschen Irrlichter können aufatmen. Doch zufriedenstellend ist die Situation auch nach dem Urteil nicht.

Der Bundestag sollte die Verhandlung als Weckruf verstehen. Das Parlament wäre gut beraten, die Ausstattung der Altkanzlerin und der Altkanzler endlich in einem Gesetz zu regeln. Solange es das nicht tut, bleibt das gesamte Prozedere intransparent und stehen Entscheidungen wie die im Fall Schröder zur Rechtfertigung im Verdacht, eine politische Retourkarte zu sein.

Eine klare gesetzliche Regelung wäre auch eine gute Chan-

ce, dem umfangreichen Altkanzler-Büro rowesen engere Grenzen zu setzen. Nicht nur in der Causa Schröder lässt sich fragen, ob ein ehemaliger Kanzler noch auf Jahrzehnte ein aus Steuermitteln finanziertes Büro samt Personal braucht.

Denkbar wäre es, diese Kanzlerinnen- und Kanzlerprivilegien auf eine Legislaturperiode nach dem Ende der Amtszeit zu beschränken. Wenn ehemalige Regierungschefs danach noch Verpflichtungen wahrnehmen, die sich aus ihrem vormaligen Amt ergeben, könnten die Kosten dafür anlassbezogen vom Bund übernommen werden.

In Zeiten steigender Kosten und hoher Staatsverschuldung würde der Bundestag mit einer solchen Entscheidung auch ein willkommenes Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden.



FELIX HUESMANN
ksta-politik@ksta-medien.de



NACHDENKLICH STIMMENDE SZENE

Thomas Plafmann

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Klima-Thema religiös aufgeladen“

Warum über die von der Bundesregierung geplanten Reformen beim Heizen besonders heftig diskutiert wird

Herr Grünewald, über die „Heizwende“ diskutiert die Öffentlichkeit hitziger als über die Erdenerwärmung. Woran liegt das?

Das hat mehrere Gründe. Der erste ist das „Nachhaltigkeitsparadox“, das wir in unseren Tiefen-Interviews sehr deutlich feststellen. Nachhaltigkeit ist ein extrem konservativer Wert. Er ist mit dem Wunsch verbunden, dass die Welt so bleiben möge, wie man sie seit Kindertagen kennt und liebt. Das geht angesichts der Klimakrise aber nur auf, wenn die Menschen bereit sind, etwas zu verändern. Das jedoch ist für die meisten schwierig: Sie wollen ihr gewohntes Leben bewahren, müssen dafür aber alles – oder zumindest vieles – auf den Kopf stellen.

Was sind weitere Gründe?

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, die sich wechselseitig relativieren. Rückt die eine Krise in den Fokus, wirkt die andere unversehens nicht mehr so dringlich. Die Krisen sind aber mit unterschiedlichen Seelennöten verbunden: Der Ukraine-Krieg und seine Wahrnehmung folgen einer Eskalationslogik. Die Menschen fürchten die Ausweitung der Kämpfe zu einem Weltkrieg, der das Ende der Zivilisation bedeuten würde. Die Vorstellung ist schockierend, die Menschen reagieren im ersten Moment wie paralysiert. Mittel- und langfristig setzt dann eine massive Verdrängung ein. Man flüchtet sich in die Normalität seines Alltags.

Und die Klima-Krise?

Da haben wir es mit einer linearen Logik zu tun: Auf lange Sicht erwärmt sich die Erdoberfläche um soundsoviel Grad. Im Vergleich zu den erstgenannten Logiken hat das schon fast etwas Beruhigendes und schafft die Fiktion von Berechenbarkeit.

Auch eine Art von Verdrängung.

Natürlich. Die Ruhe ist trügerisch. Aber das passt zu einem verbreiteten Verständnis, in dem das Klima fast schon religiös konnotiert ist.

Religiös?

Ja, bereits in der christlichen Volksfrömmigkeit war der heilige Petrus für das Wetter zuständig, weitere Heilige wurden gegen Hagel und andere Klimakapriolen angerufen. Heute repräsentiert das Klima den Urgrund aller Lebens. Dementprechend wird auch der Klimawandel – bisweilen unbewusst – auf zweierlei Weise religiös aufgeladen. Es gibt zum einen eine alttestamentlich anmutende Disposition: Man spricht von „Klimagerechtigkeit“ und hat dabei eine räuchernde Macht vor Augen, die die Menschheit mit Fluten oder Dürren für ihre Umweltünden bestraft. Eine zweite – ich nenne sie neuteamentliche – Sicht nimmt dagegen das Versöhnen des Klimas in den Blick: Auf den Winter lässt es den Frühling mit neuem Leben folgen. Über den Jahreszeiten-Zyklus hinaus verbindet sich damit die Hoffnung auf einen großen Ausgleich. Der milde Winter, den wir hinter uns ha-



STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

ben, erscheint dann wie eine gnädige Macht, die uns vor dem drohenden Blackout bewahrt hat.

Was sollen politisch Verantwortliche mit solchen mythologischen Dispositionen anfangen?

Das Beschwören der Klima-Strafe ist weniger zielführend, da es den Verdrängungsimpuls verstärkt. Anknüpfend an das Versöhnliche, sollte die Politik stattdessen dafür sensibilisieren, dass das Klima unserer Mithilfe bedarf, damit uns sein Segen erhalten bleibt.

Und was bedeutet das ohne die religiöse Einkleidung?

Die Aktivierung von Selbstwirksamkeit und Gestaltungskraft. Der Wunsch danach ist – gerade beim Thema Klima – tief im Menschen verankert und auch kulturell überliefert. Den Kindern wurde früher eine Klima-Magie vermittelt: Wenn du deinen Teller leer isst, wird das Wetter schön.

Pädagogisch ein fauler Zauber.

Aber trotzdem aktivierend. Angesichts der aktuellen Krisen suchen die Menschen nach Formen der Selbstwirksamkeit, die sie aus dem Krisen-Fatalismus herausführt. Mit dem Verzicht auf Fleisch oder Inlandsflüge, mit sparsamem Heizen können sie ihren persönlichen Beitrag zum großen Ganzen leisten. Das ist sozialpsychologisch etwas ganz Wichtiges – und macht klar, warum die Debatte über die Heizungsumstellung so problematisch ist.

Die »Heizwende« hat den persönlichen Klimawandel gegen den globalen ausgespielt

Nämlich warum?

Unsere Studien zeigen: Die Heizung ist für die Menschen ihr ganz persönlicher Klimawandler. Der Dreh am Heizungsknopf verleiht Macht darüber, ob es zu Hause warm wird oder kalt. Umgekehrt gilt: Funktionierte die Heizung nicht, fühlt man sich auch selbst komplett lahmgelegt. Die „Heizwende“ hat den persönlichen Klimawandel gegen den globalen ausgespielt. Ein wider die Tatsachen verbreitetes Szenario, wonach schon bald kaputte Heizungen angeblich nicht mehr ersetzt werden dürften, hat bei den Menschen Ängste aktiviert, sie könnten ihre häusliche Macht über den Klimawandel verlieren. Dieses Gefühl von Machtverlust ist das Gegenteil von Selbstwirksamkeit: eine Beschneidung, ja die Aufhebung von Gestaltungsmöglichkeiten. Die Regierung ist dem nicht deutlich genug entgegengetreten. Auch das hat das Stimmungsklima kippen lassen.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

KOMMENTAR

Die EZB hält sich zurück

Zentralbank erhöht Zinsen zu Recht nur maßvoll

STEFAN WINTER

Zentralbanker sprechen viel in Textbausteinen, deren stete Wiederholung Missverständnisse verhindern soll. Christine Lagarde hat einen neuen im Repertoire: „We are not posing“ – Wir tun nicht nur so. Mehrmals wiederholte die EZB-Präsidentin das am Donnerstag, falls doch jemand an der Entschlossenheit der Zentralbank zweifeln sollte, die Inflation zu bekämpfen.

Die Versicherung galt auch den eigenen Leuten, denn im EZB-Rat gab es deutliche Stimmen, mit den Zinserhöhungen noch nicht nachzulassen. Die Inflation halte sich zu hartnäckig. Doch letztlich hat sich der Rat entschieden, nach den Erhöhungen um einen halben Prozentpunkt nur noch einen halb so großen Schritt zu machen.

Gegen einen größeren Schritt sprach vor allem dessen ungewisse Wirkung. Notenbanken betonen gern die Präzision ihrer Instrumente, aber: Da wird mit sehr großen Kanonen über sehr weite Entfernung geschossen. Und das Ziel bewegt sich. Inflation verschwindet nicht auf Knopfdruck. So beginnen die bisherigen Zinserhöhungen der EZB gerade erst Wirkung zu zeigen, und die erste liegt immerhin schon ein Dreivierteljahr zurück. Angesichts der schwachen Konjunktur hätte ein größerer Zinsschritt einiges kaputt machen können.

So bleibt es zwar der große EZB-Fehler, dass ihre Zinswende zu spät kam. Es wäre aber genauso falsch, jetzt ins andere Extrem zu verfallen. Der kleinere Zinsschritt ist richtig – auch wenn die Präsidentin dazusagen muss, dass sie es ernst meint. Und weitere kleine Schritte nach Bedarf folgen werden.



KÖLNER
STADT-ANZEIGER
Medien
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont, Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Dr. Sarah Jessack, Martin Döwde, Geschäftsführer: Christian Himmeler.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Grösch, Veli Eberbeck (Head of Digital) Köln; Tim Tattenberger.
Landeskorrespondenten: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank Olt (Bildung).
Newsroom: Kendra Stenzel, NW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen, Wirtschaft: Thorsten Breikopf, Sport: Christian Lier, Kultur: Anne Burgner, Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyersen.
Chefreporter: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmaleneger, Art Director: Niklas Janzick.
Produktion: Klaus Schröder, Alle verantwortlich und weihnachtlich in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadebeck (Büro), RND Berlin GmbH, Gf: Marco Fenske.
Auslandvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doernems, Brüssel: Damien Paris, Madrid: Martin Dohmen, Athen: Gerd Hahler, Rio de Janeiro: Tobias Kufner.
Nachrichtengeneratoren: dpa, apf, sid, kna.
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@ksta-medien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Anstalt des öffentlichen Rechts, 50669 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE30 3701 0050 0000 2505 05.
Verlags-Geschäftsführer: Mirco Stewede, Andreas Günthor.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prima, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unerwartet eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32. E-Mail: abo-kundenservice@tagesschau.de
Anzeigen-Service: Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Siegest. Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91. E-Mail: anzeigen@tagesschau.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de